

Stellungnahme von ARD-aktuell zu der E-Mail von
Herrn Friedhelm Klinkhammer und Herrn Volker Bräutigam vom 02.03.2016
zu einem Beitrag in der „Tagesschau“ um 20 Uhr vom 18.02.2016

In ihrer E-Mail vom 02.03.2016 kritisieren die Herren Klinkhammer und Bräutigam eine Meldung der „Tagesschau“ um 20 Uhr am 18.02.2016 zum Bombardement der Türkei auf Stellungen der PKK. Sie werfen ARD-aktuell vor, falsch und tendenziös berichtet zu haben.

Die Meldung lautete: *„Die türkische Luftwaffe hat heute erneut Stellungen der PKK im Norden des Irak angegriffen. Ziel der PKK ist ein eigener Kurdenstaat, der Gebiete im Süden der Türkei sowie im Norden des Irak und Syriens umfasst. Dort rücken kurdische Kämpfer gegen die Terrororganisation Islamischer Staat vor. Die Türkei sieht das mit Argwohn und befürchtet, die Kurden könnten so Ansprüche auf einen eigenen Staat untermauern.“*



Tatsächlich hat die PKK das Ziel eines unabhängigen Kurdenstaates spätestens 2005 aufgegeben. In seinem jüngsten Bericht zur PKK schreibt das Bundesamt für Verfassungsschutz im Juli 2015: *„Sie (die PKK) propagierte nun (im Jahr 2005) stattdessen einen föderalen Verbund aller kurdischen Siedlungsgebiete in einer ‚Föderation des Demokratischen Nahen Ostens‘ unter Beachtung existierender Grenzen. (...) Das gegenwärtige Ziel der PKK, die Etablierung einer nichtstaatlichen und länderübergreifenden, demokratischen Selbstverwaltung der Kurden als ‚demokratische Nation‘, soll perspektivisch als Vorbild für alle Völker des Nahen Ostens sowie der Welt dienen.“*

<https://www.verfassungsschutz.de/de/oeffentlichkeitsarbeit/publikationen/pb-auslaenderextremismus/broschuere-2015-07-arbeiterpartei-kurdistan-pkk>

Insofern ist die Meldung in der „Tagesschau“ nicht korrekt gewesen, was wir bedauern. Qualitätskontrolle hat bei ARD-aktuell einen sehr hohen Stellenwert. Jeder Fehler ist Diskussionsgegenstand der nachfolgenden Konferenz. Wir sind sehr um Präzision bemüht, aber - wie auch andere unter hohem Zeitdruck arbeitenden Qualitätsmedien - nicht vor Fehlern gefeit.

Den Vorwurf der Herren Klinkhammer und Bräutigam, die „Tagesschau“ wolle mit ihrer Meldung „die genozidalen Verbrechen der türkischen Armee an der kurdischen Bevölkerung in der Osttürkei legitimieren“, weisen wir zurück. Ebenso weisen wir zurück, uns „dem Kurs der Kanzlerin anzupassen“. Bei der Gestaltung unserer Nachrichtensendungen ist die Redaktion keinesfalls einer politischen Instanz, Partei oder sonstigen Interessengruppen in besonderer Weise verpflichtet. Das öffentlich-rechtliche ARD-Gemeinschaftsprogramm wird aus Rundfunkbeiträgen finanziert und arbeitet frei von staatlicher Einflussnahme. Unser Ziel ist es, unser Publikum möglichst gut und umfassend zu informieren.

Dr. Kai Gnitke
24.03.2016